

C003: Investitionen und handlungsfähiger Staat

Laufende Nummer: 096

Antragsteller/in:	DGB-Bundesvorstand
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	C - Wirtschaft im Wandel und der handlungsfähige Staat

Investitionen und handlungsfähiger Staat

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

1 Ein handlungsfähiger Staat für eine zukunftsfähige Gesellschaft und Wirtschaft

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen einen handlungsfähigen Staat: Die öffentliche Hand muss fähig sein, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in eine Richtung zu lenken, die allen Menschen nützt. Sie muss Ungleichheit entgegenwirken und für eine soziale und ökologische Entwicklung sorgen. Der Staat hat dabei auch eine bedeutende ökonomische Funktion: Er kann durch Wirtschafts- und Sozialpolitik Konjunkturschwankungen abfedern, Marktversagen beheben und als Arbeitgeber sowie Nachfrager unmittelbar dafür sorgen, dass gute Arbeitsplätze geschaffen werden. Bürgerinnen und Bürger erwarten zudem mit Recht ein gutes Angebot an staatlichen Dienstleistungen – gut und modern ausgestattete Behörden, aber auch Bibliotheken und andere öffentliche Einrichtungen.

Einerseits garantieren staatliche Institutionen – ausgestattet mit ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen – eine gute öffentliche Daseinsvorsorge und lebenswerte Städte und Gemeinden. Andererseits sind öffentliche Investitionen ein wichtiges Mittel, um die Standortqualität zu sichern und regen auch private Investitionen an, die nachhaltiges Wachstum, Arbeitsplätze und vermehrte Steuereinnahmen schaffen.

Doch die Handlungsfähigkeit des deutschen Staates wurde in den letzten beiden Jahrzehnten beschnitten. Zum einen dominierte die Ideologie des „schlanken Staates“. Der Öffentliche Dienst wurde einem Sparkurs unterworfen, Personalabbau in den Verwaltungen vorangetrieben. Öffentliche Aufgaben wurden privatisiert und Regulierungen aufgeweicht. Zum anderen haben Steuersenkungen und der Fokus auf die Konsolidierung öffentlicher Haushalte Investitionen gebremst, so dass Teile der öffentlichen Infrastruktur nur noch eingeschränkt funktionstüchtig sind.

Im Jahr 2016 lag der Anteil der öffentlichen Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nur noch bei rund zwei Prozent. Dieser Wert ist niedriger als in den meisten anderen Industriestaaten. Seit 15 Jahren sind die staatlichen Nettoanlageinvestitionen regelmäßig negativ – es wird also mehr abgeschrieben als investiert. Besonders groß ist der Investitionsstau in den Kommunen.

In jüngster Vergangenheit hat sich – auch aufgrund der Kritik der Gewerkschaften – die investive Situation auf verschiedenen Ebenen des Staates zwar etwas gebessert. Doch das reicht bei weitem nicht aus, um den bestehenden Herausforderungen gerecht zu werden. Die schlechte öffentliche Infrastruktur ist ein gesellschaftliches Problem, das zunehmend auch zum Problem für die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft wird. Damit ist die mangelhafte öffentliche

31 Infrastruktur auch eine Ursache für die Investitionszurückhaltung bei den privaten Unternehmen.

32 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern einen deutlichen Kurswechsel. Denn aktuelle
33 Herausforderungen wie die Digitalisierung, der demografische Wandel, die fortschreitende
34 Globalisierung und die notwendige Umsetzung des Pariser Klimavertrags schaffen zusätzlichen
35 Handlungsbedarf für die öffentliche Hand und die Unternehmen. Wir brauchen einen handlungsfähigen
36 Staat, der gute Lebensbedingungen schafft, die notwendigen Weichen für eine auch zukünftig
37 erfolgreiche Wirtschaft stellt und den Strukturwandel mit einer aktiven Industrie- und
38 Dienstleistungspolitik sowie Investitionen gestaltet und unterstützt.

39

40 **2. Handlungsfähigkeit des Staates sichern und Investitionen ausweiten**

41 Um die Handlungsfähigkeit des Staates zu gewährleisten und die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und
42 Gesellschaft zu sichern, fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, dem Staat finanzielle
43 Handlungsspielräume zu verschaffen und öffentliche wie private Investitionen auszuweiten.

- 44 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen die Schuldenbremse ab. Es kann grundsätzlich
45 sinnvoll sein, investive Ausgaben auch über Kredite zu finanzieren. Sie fordern umgehend eine
46 politische Initiative, um öffentliche Investitionen mittels einer „Goldenen Regel“ von den
47 Vorgaben der Schuldenbremse auszunehmen. Die Haushaltsüberschüsse müssen unmittelbar für
48 Investitionen genutzt werden. Darüber hinaus fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften,
49 die Handlungsfähigkeit des Staates mit einem gerechten Steuersystem auch dauerhaft zu stärken,
50 dabei die Beschäftigten zu entlasten und Vermögende und finanzstarke Unternehmen stärker in die
51 Pflicht zu nehmen.

- 52 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, die Kommunen – insbesondere die
53 vergleichsweise armen – finanziell besser auszustatten, damit sie investieren können. Einmalige
54 Finanzausweisungen lösen die chronische Finanzschwäche ärmerer Kommunen nicht. Der Bund muss die
55 Kommunen von den steuerfinanzierten und bundesgesetzlich geregelten Sozialausgaben dauerhaft
56 entlasten. Mit der Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer
57 lassen sich neue Einnahmen erschließen. Um Länder und Kommunen von den Zinszahlungen zu
58 entlasten, schlagen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die Einrichtung eines
59 Altlastenfonds vor.

- 60 • Mehr Investitionen dürfen nicht zulasten anderer staatlicher Ausgaben gehen. Gut ausgebildetes
61 und gut bezahltes Personal mit guten Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst – beispielsweise
62 mehr Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Krankenpflegerinnen und -pfleger und
63 Polizistinnen und Polizisten – sind dringend erforderlich. Die Tatsache, dass für Investitionen
64 bereitgestellte Gelder in jüngster Vergangenheit oft nicht abgerufen wurden, ist maßgeblich auf
65 die Personalkürzungen in den Planungsbehörden zurückzuführen, die deren Funktionstüchtigkeit
66 eingeschränkt haben. Auch für die Verbesserung sozialer Leistungen und die Finanzierung des
67 Sozialstaats sind höhere staatliche Ausgaben erforderlich.

- 68 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, die öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken
69 und nicht länger einem Sparkurs zu opfern. Sie sprechen sich gegen die Veräußerung von

70 Bundesanteilen an Post und Telekom aus und lehnen eine Trennung von Netz und Betrieb bei der
71 Deutschen Bahn ab.

72 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, den Mangel an Akzeptanz in der deutschen
73 Bevölkerung für große staatliche und private Investitionsprojekte ernst zu nehmen, damit ihm
74 mit effektiven, transparenten und frühzeitigen Beteiligungsmöglichkeiten und bürgernahen
75 Lösungen entgegengewirkt werden kann.

76 • Die notwendige Ausweitung von privaten Investitionen muss auch dadurch erreicht werden, dass
77 der Staat stabile Rahmenbedingungen, eine nachfrageseitige Stärkung des Absatzmarktes in
78 Deutschland und andere Anreize für die Unternehmen schafft und fördert.

79 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern insbesondere zusätzliche investive Impulse in den
80 folgenden Bereichen:

81

82 **2.1 Verkehrswende vorantreiben**

83 Angesichts von Klimawandel, Verkehrswachstum, Verstädterung, demografischem Wandel und
84 Ressourcenknappheit ist eine sozial-ökologische Verkehrswende notwendig. Der DGB und seine
85 Mitgliedsgewerkschaften verfolgen das Ziel, den Verkehr bis 2050 CO₂-frei zu gestalten, gleichzeitig
86 bezahlbare Mobilität in guter Qualität für alle Menschen zu ermöglichen und die Funktionsfähigkeit
87 des Verkehrssystems für die Produktion zu erhalten. Das Verkehrssystem weiterzuentwickeln, ist eine
88 politische Gestaltungsaufgabe, die nicht in erster Linie dem Markt überlassen werden darf. Die
89 unterlassenen Erhaltungsinvestitionen haben in den vergangenen 30 Jahren dazu geführt, dass der Wert
90 der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur um ein Achtel gesunken ist. Für eine nachholende Sanierung
91 sind 45 Milliarden Euro notwendig. Hinzu kommen bis 2030 über 18 Milliarden Euro jährlich, die
92 zukünftig für den simplen Erhalt und den Betrieb der Infrastruktur notwendig wären.

93 • Um diese Probleme zu lösen, fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften von der
94 Bundesregierung einen „Masterplan Verkehr“, der eine entsprechende Investitionsstrategie für
95 die Verkehrswege beinhaltet und Prioritäten für die Entwicklungsrichtung und die künftige
96 Aufgabenteilung der Verkehrsträger nennt. Energieeffizienz, Beseitigung regionaler
97 Ungleichgewichte und gleicher Zugang zur Mobilität sind Kriterien, die dabei zu berücksichtigen
98 sind.

99 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine Investitions- und Innovationsoffensive
100 in eine moderne Mobilitätsinfrastruktur. Wenn die Synergien zwischen Verkehrs-, Energie- und
101 Telekommunikationsinfrastruktur genutzt werden sollen, sind erhebliche Koordinierungsaufgaben
102 hinsichtlich öffentlicher und privater Investitionen zu erfüllen, die nur ein handlungsfähiger
103 Staat leisten kann.

104 • Der Investitionsstau bei der Verkehrsinfrastruktur muss abgebaut werden. Die Investitionsmittel
105 müssen aus dem Haushalt, ggf. mit öffentlichen Krediten und der Lkw-Maut, bestritten und erhöht
106 werden – und vorrangig in den Erhalt und die Engpassbeseitigung beim Schienen-, Straßen- und

107 Schiffsverkehr fließen.

108 • Die Potentiale der Digitalisierung und der Elektromobilität müssen verkehrsträgerübergreifend
109 genutzt werden. Öffentliche Investitionen sollten einen starken Fokus auf die beschleunigte
110 Elektrifizierung der Schienenwege, eine flächendeckende Ladeinfrastruktur, die
111 Batterieforschung und die intermodale Vernetzung haben. Damit der Aufbau einer alternativen
112 Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur gewährleistet werden kann, sind oftmals auch
113 private Investitionen notwendig. Die öffentliche Hand kann über das Beschaffungswesen ihre
114 Vorreiterrolle erfüllen.

115 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, die für den „Deutschland-Takt“ notwendigen
116 Investitionen in das Eisenbahnnetz so schnell wie möglich in Angriff zu nehmen. Dabei geht es
117 um den flächendeckenden Ausbau mit den Prioritäten Beseitigung von Engpässen, Beschleunigung
118 zwischen den wichtigen Umsteigebahnhöfen, Ausbau der Knotenbahnhöfe und systematische
119 Optimierung der Anschlüsse.

120 • Um das absehbare und notwendige Fahrgastwachstum im ÖPNV zu ermöglichen, müssen die
121 öffentlichen Investitionen in Material, Infrastruktur und attraktive Stadtverkehrskonzepte
122 erheblich hochgefahren und über das Jahr 2019 hinaus zweckgebunden für den ÖPNV gesichert und
123 jährlich erhöht werden.

124 • Die Verlagerung auf CO₂-arme Verkehrsträger ist der zentrale Hebel auf dem Weg zum CO₂-freien
125 Verkehr bis 2050. Deshalb fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften von Bundesregierung
126 und Bundestag, die Mittel zum Ausbau des Schienennetzes deutlich zu erhöhen, und sich nicht
127 weiter aus der Finanzierung der ÖPNV-Infrastruktur zurückzuziehen. Zudem muss die
128 Vernachlässigung des umweltverträglichen Ausbaus der Wasserstraßen beendet werden.

129

130 **2.2 Energiewende konsequent weiterverfolgen**

131 Zu den größten strukturpolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre gehört die Gestaltung der
132 Energiewende, die vor allem aufgrund der Bekämpfung des Klimawandels forciert werden muss. Der Weg
133 in eine treibhausgasneutrale Wirtschaft erfordert einen gerechten Übergang – eine „Just Transition“.
134 Eine erfolgreiche Gestaltung sorgt im Sinne einer Modernisierungsstrategie für wirtschaftlichen
135 Wohlstand, gute Arbeit, bezahlbare Energiepreise und effektiven Klimaschutz. Diese Gestaltung kann
136 nicht allein dem Markt überlassen werden, sondern muss durch einen handlungsfähigen Staat begleitet
137 und ermöglicht werden. Dabei geht es um die gezielte Förderung von Innovationen und mehr öffentliche
138 und private Investitionen in nachhaltige Technologien, Infrastrukturen und Verfahrensweisen. Der DGB
139 und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern daher insbesondere Investitionen in folgenden Bereichen:

140 • Investitionen in die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz bei Haushalten,
141 Unternehmen und im Bereich der öffentlichen Hand.

142 • Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Energien durch Mindestausbauziele und

143 Ausschreibungen, in denen die Chancen der Sektorenkoppelung berücksichtigt werden.

- 144 • Investitionen in die Versorgungssicherheit, die Flexibilisierung und Intelligenz des
145 Energieversorgungssystems (Stromnetze, konventionelle Kraftwerke, Kraft-Wärme-Kopplung,
146 Speicher, Digitalisierung).

147

148 **2.3 Breitbandnetz flächendeckend ausbauen**

149 Der Ausbau der digitalen Infrastruktur ist eine Grundvoraussetzung für die Ansiedelung von
150 Unternehmen, für Innovationen und Arbeitsplätze, aber auch für die sozio-kulturelle Teilhabe der
151 Menschen in ländlichen Räumen.

- 152 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, mit mehr öffentlichen und privaten
153 Investitionen und verstärkter Koordinierung eine flächendeckende Versorgung mit
154 Breitbandanschlüssen für schnelle Netze zu schaffen und den Ausbau der 5G-Mobilfunknetze
155 voranzutreiben.

- 156 • Für den Breitbandausbau in der Fläche sind regionale Entwicklungspläne erforderlich, damit die
157 Bevölkerung und die KMU auch in den dünn besiedelten Gebieten nicht abgehängt bleiben.

- 158 • Der Staat muss den Ausbau der Breitbandnetze weiterhin durch die Gemeinschaftsaufgabe
159 „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) fördern.

160

161 **2.4 Bildungssystem verbessern**

162 Schon heute ist das Bildungssystem in Deutschland chronisch unterfinanziert. Der Anteil der
163 Bildungsausgaben an den gesamten Staatsausgaben liegt in Deutschland deutlich unter dem OECD-
164 Durchschnitt. Allein für die Modernisierung von Gebäuden allgemeinbildender und beruflicher Schulen
165 liegt der Investitionsstau in Städten und Gemeinden laut KfW bei rund 34 Milliarden Euro. Zudem gibt
166 es eine wachsende Privatisierung des Bildungswesens.

- 167 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern Bund, Länder und Kommunen auf, deutlich mehr
168 in das öffentliche Bildungswesen zu investieren. Gemessen am Ziel des Dresdner Bildungsgipfels,
169 mindestens zehn Prozent des BIP in Bildung und Forschung zu investieren, muss der Staat schon
170 heute jährlich mindestens 27 Milliarden Euro zusätzlich in Kindertagesstätten, Schulen, Hoch-
171 und Berufsschulen und Weiterbildung investieren. Nach internationalen Standards liegt der
172 Bedarf sogar noch höher.

- 173 • Das Kooperationsverbot ist für alle Bereiche des Bildungssystems abzuschaffen. Um mehr
174 Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern über die Finanzhilfen hinaus zu ermöglichen, muss der
175 Artikel 91 b GG erweitert werden, damit Bund und Länder zur „Sicherstellung“ und nicht, wie im
176 derzeit gültigen Verfassungstext, zur „Feststellung“ der Leistungsfähigkeit und
177 Weiterentwicklung zusammenarbeiten können.

- 178 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern Bund, Länder und Kommunen auf, wesentlich
179 mehr Mittel für die Sanierung von allgemeinbildenden und Berufsschulen bereitzustellen. Die
180 Schulfinanzierung in den Bundesländern hat sich an der sozialen Wirklichkeit der einzelnen
181 Schulen zu orientieren und sollte nach Auffassung des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften über
182 einen schulbezogenen Sozialindex bemessen werden. So können in Schulen mit großen sozialen
183 Herausforderungen die Klassen verkleinert und sozialpädagogische Ressourcen für die
184 Förderbedarfe von Schülerinnen und Schülern mit Lern- und Entwicklungsproblemen erhöht werden.
185 Auch kulturelle Angebote und Austauschmöglichkeiten sollten gefördert werden.
- 186 • Ein inklusives Bildungssystem darf keine Gebühren erheben. Deshalb müssen Bund, Länder und
187 Kommunen sämtliche Bildungsgebühren abschaffen – von der Kindertagesstätte über die Hochschule
188 bis zum Meister-Kurs.
- 189 • Die Schulen brauchen dringend den Anschluss an das digitale Zeitalter. Deshalb fordern der DGB
190 und die Mitgliedsgewerkschaften Bund und Länder auf, den anvisierten Digital-Pakt endlich
191 umzusetzen und die technische Modernisierung aller allgemeinbildenden und beruflichen Schulen
192 voranzutreiben. Dazu ist ein Qualifizierungsprogramm für Lehrkräfte notwendig. Zudem müssen
193 Module zur „Digitalen Bildung“ fester Bestandteil der Lehrkräfte-Ausbildung sein.
- 194 • Oft unterlaufen private Ersatzschulen durch überhöhte Schulgelder die Vorgaben des
195 Grundgesetzes über die Erhebung von Schulgeldern. Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften
196 fordern die Länder daher auf, eine Konkretisierung des Sonderungsverbots in ihren
197 Landesgesetzen, in den Verordnungen oder Verwaltungsvorschriften vorzunehmen und verbindliche
198 Vorgaben zur Höchstgrenze für das Schulgeld, zur Befreiung vom Schulgeld für
199 Geringverdienerinnen und -verdiener bzw. Sozialleistungsempfängerinnen und -empfänger zu
200 treffen sowie die Aufnahmepraxis regelmäßig zu überprüfen.
- 201 • Da die Entflechtungsmittel für den Hochschulbau in Höhe von jährlich 695 Millionen Euro
202 auslaufen, fordern der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften den Erhalt der Gemeinschaftsaufgabe
203 Hochschulbau. Nur aus Landesmitteln wird es nicht gelingen, die erforderlichen Investitionen zu
204 realisieren.
- 205 • Die Finanzierung von Hochschule und Forschung ist von zunehmender Privatisierung, vom Rückzug
206 des Staates aus seiner Verantwortung und von einer Stärkung der Projekt- und
207 Drittmittelförderung zu Lasten der Grundfinanzierung geprägt. Bund und Länder müssen aus Sicht
208 des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften aber eine hervorragende Ausstattung der Hochschulen
209 sichern und somit gute Leistungen in Breite und Spitze ermöglichen. Dafür müssen die Zahl der
210 Studienplätze ausgebaut, die Grundhaushalte der Hochschulen ausgeweitet und eine jährliche
211 Zuwachsrate abgesichert werden. Hierzu ist der Hochschulpakt zwischen Bund und Ländern zu
212 verstetigen.

213 • Der Gesetzgeber muss sicherstellen, dass die Förderung von Lehrgängen und überbetrieblichen
214 Berufsbildungsstätten und Kompetenzzentren mit öffentlichen Mitteln von der verbindlichen
215 Einbindung der Sozialpartner sowohl bei der Erarbeitung der Musterlehrpläne als auch bei der
216 Umsetzung in den Bildungsstätten abhängig ist.

217 • Im Rahmen der Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung fordern der DGB und die
218 Mitgliedsgewerkschaften den Bund auf, über bestehende Projekte hinaus eine staatliche
219 Regelförderung einzuführen, um allen Menschen in Deutschland, die nicht ausreichend lesen und
220 schreiben können, die Teilnahme an wohnortnahen Alphabetisierungs- und Grundbildungsangeboten
221 zu ermöglichen.

222 • Bund und Länder sind aufgefordert, ein umfassendes Recht und umfassenden Zugang zu Bildung für
223 geflüchtete und asylsuchende Menschen zu verwirklichen.
224

225 **2.5 Wissenschaft, Forschung und Innovation verstärkt fördern**

226 Zur Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen und des Strukturwandels braucht es auch eine
227 florierende Forschungslandschaft. Für entwickelte Volkswirtschaften wie Deutschland, deren Stärke
228 die wissensbasierte Qualitätsproduktion und Dienstleistungserstellung ist, sind Investitionen in
229 Forschung und Entwicklung zentral. Die Forschung muss neben der Förderung von Produktionstechniken
230 auch die Gestaltung von Arbeitswelt und Dienstleistungen in den Blick nehmen.

231 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine weitere Erhöhung der Ausgaben für
232 Forschung und Entwicklung. Für Deutschland und langfristig für die gesamte EU ist eine
233 Steigerung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts
234 anzustreben. Insbesondere müssen ausreichend Mittel für die Grundlagenforschung von der
235 öffentlichen Hand garantiert werden.

236 • Es muss eine Schwerpunktsetzung der Forschungspolitik bei der Nutzung der digitalen
237 Technologien für die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen und bei der ökologischen
238 Modernisierung geben. Forschungsprojekte müssen Technologie, Arbeitsorganisation,
239 Arbeitsbedingungen und Aus- und Weiterbildungsbedarfe integriert entwickeln. Auch braucht es
240 mehr Aktivitäten im Bereich der sozialen Innovationen.

241 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, das Programm der Bundesregierung zur
242 Industrie-, Dienstleistungs- und Arbeitsforschung sowie dessen sozialpartnerschaftliche
243 Umsetzung weiter auszubauen und niedrigschwellige Angebote für KMU bereitzustellen.

244 • Ein wichtiges Handlungsfeld ist der Erhalt und Ausbau von Innovationsclustern, in denen
245 Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen mit Produktionsstätten zusammenarbeiten. Forschung
246 und Entwicklung ohne ein produktionstechnisches Umfeld funktionieren nicht und führen mittel-
247 und langfristig zum Verlust des gesamten Innovationspotenzials innerhalb einer Branche. Der
248 Fokus der Forschungsförderung sollte aus Sicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften auf

249 einer starken Projektförderung liegen und aus technologischer Sicht wichtige Schlüsselbereiche
250 adressieren.

251 • Die deutlich geringeren Innovationsaufwendungen von Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) im
252 Vergleich mit Großunternehmen zeigen, dass KMU an der öffentlichen Forschungsförderung in Form
253 der Projektförderung nur unzureichend partizipieren. KMU brauchen deshalb spezifische
254 Beratungsangebote, die gezielt ihre Belange erfassen. Eine an klare Bedingungen, insbesondere
255 an Gute Arbeit geknüpfte steuerliche Forschungsförderung könnte eingeführt werden, wenn
256 Mitnahmeeffekte ausgeschlossen werden und spätestens nach fünf Jahren eine Evaluierung der
257 Förderung erfolgt.

258 • In der Forschungslandschaft einer demokratisch und rechtstaatlich verfassten Gesellschaft haben
259 auch Geistes- und Sozialwissenschaften ihren Platz. Wissenschaftspolitisch ist dabei die
260 Pluralität wissenschaftlicher Theorien und Ansätze zu fördern.

261

262 **2.6 Hochwertige soziale Infrastruktur bereitstellen**

263 Aus Sicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften muss ein handlungsfähiger Staat Lebensrisiken
264 umfassend absichern und qualitativ gute soziale Dienstleistungen in einer hochwertigen sozialen
265 Infrastruktur bereitstellen. Dazu müssen die staatlichen Ausgaben für soziale Leistungen,
266 Dienstleistungen und soziale Infrastrukturen deutlich gesteigert werden. Als Vorbild kann das
267 Ausgaben- und Beschäftigungsniveau im sozialen Bereich verschiedener skandinavischer Länder
268 angesehen werden. Allein im Bereich der Krankenhäuser betrug der bestandserhaltende
269 Investitionsbedarf 2016 in Deutschland sechs Milliarden Euro.

270 • Auch angesichts des demografischen Wandels braucht es deutliche Verbesserungen im
271 Gesundheitswesen und der Pflege sowie mehr Finanzierungsverantwortung des Staates in diesen
272 Bereichen.

273 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine bessere Finanzierung und umfassende
274 Modernisierung der Krankenhäuser.

275 • Auch in die Bereiche Altenpflege, Jugend- und Sozialarbeit muss kräftig investiert werden. Ein
276 Bundesgesetz muss sicherstellen, dass mehr Personal in Krankenhäusern und in der Altenpflege
277 eingesetzt wird.

278

279 **2.7 Bezahlbaren Wohnraum schaffen**

280 Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum ist größer denn je. Insbesondere in den Großstädten leiden
281 mittlerweile auch Normalverdienende unter der Problematik knappen und überteuerten Wohnraums. Gerade
282 dort wird zu wenig und am Bedarf vorbei gebaut – meist zu teuer, zu groß. Derzeit gibt es bundesweit
283 weniger als 1,5 Millionen Sozialwohnungen. Notwendig wären nach Expertenschätzungen etwa 3,5

- 284 Millionen. Die sozialen Bindungen vieler Wohnungen laufen aus, ohne dass dies durch den Neubau von
285 Sozialwohnungen auch nur annähernd kompensiert wird.
- 286 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern erheblich mehr öffentliche Mittel für den
287 Wohnungsbau, auch in kommunaler Trägerschaft. Alternative Formen der Trägerschaft wie das
288 genossenschaftliche Modell müssen gestärkt werden. Die öffentliche Hand ist außerdem gefordert,
289 mehr Anreize zum Bau von bezahlbaren Wohnungen – vor allem zur Miete – zu schaffen. Die
290 Abschreibungssätze im Neubau sollten auf drei Prozent angepasst werden. In Engpassregionen
291 sollten sie – geknüpft an die Vorgabe, dass bezahlbare Wohnungen mit Mietobergrenzen gebaut
292 werden – befristet auf vier Prozent erhöht werden. Pro Jahr müssen 400.000 bis 450.000
293 Wohnungen gebaut werden.
- 294 • Die jährlichen Kompensationsmittel, die die Bundesländer für die soziale Wohnraumförderung vom
295 Bund erhalten, müssen über 2019 hinaus verstetigt, verfassungsrechtlich verankert und nochmals
296 deutlich erhöht werden.
- 297 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Einführung von dauerhaften
298 Sozialbindungen bei staatlich geförderten Wohnräumen und den Bau von 100.000 Sozialwohnungen im
299 Jahr. Im privaten Neubau muss u.a. über Belegungsbindungen für bezahlbaren Wohnraum gesorgt
300 werden.
- 301 • Handlungsbedarf gibt es auch bei der energetischen Sanierung und dem alters- und
302 behindertengerechten Umbau von Millionen Bestandswohnungen. Handwerker sind bei der
303 energetischen Sanierung als volle Partner anzusehen und dürfen nicht von den Förderprogrammen
304 (zum Beispiel KfW) ausgeschlossen werden, wenn sie die Beratung anbieten.
- 305 • Die sogenannte Mietpreisbremse muss verschärft und durchsetzbarer gestaltet werden – und es
306 braucht weitere Maßnahmen, um Mietwucher zu verhindern. Überfällig ist nach Ansicht des DGB und
307 seiner Mitgliedsgewerkschaften auch, die Bemessungszeiträume der Mietspiegel von vier auf zehn
308 Jahre zu verlängern. Öffentlicher Baugrund darf nicht länger nach Höchstpreisen und ohne
309 Auflagen an private Investoren verkauft werden. Soziale Kriterien, die dem Gemeinwohl dienen,
310 sind anzuwenden.
- 311 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden sich weiterhin für ein soziales Mietrecht
312 einsetzen. Dafür sind auch neue Modelle der alten Wohnungsbau-Gemeinnützigkeit zu diskutieren,
313 die 1990 durch die Steuerreform abgeschafft wurde.

314

315 **2.8 Innere Sicherheit gewährleisten**

316 In den letzten Jahren hat die Polizei viele personell aufwändige neue Aufgaben hinzubekommen.
317 Polizeivollzugsbeamtinnen, -beamte und -angestellte haben mittlerweile rund 20 Millionen Überstunden
318 angehäuft. Die Polizeien der Länder brauchen vor allem fachkundige Verstärkung, um die notwendige
319 Kriminalitätsbekämpfung und Ermittlungsarbeit wirkungsvoll – auch auf den Feldern der Cybercrime-
320 und Terrorismus-Bekämpfung – bewältigen zu können. Um die Präsenz der Polizei im Raum, ihre

- 321 Ansprechbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen und auch schnellere Reaktionen im
322 Ernstfall zu gewährleisten, ist eine deutliche Verstärkung des Personalbestands der
323 Vollzugsbeamtinnen und -beamten notwendig.
- 324 • Vor diesem Hintergrund fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die Einstellung von
325 mindestens 20.000 zusätzlichen Polizeibeamtinnen und -beamten – d.h. über den Ersatz der
326 Abgänge in Pensionierungen hinaus.
- 327 • Die Defizite im Bereich des Datenaustauschs, der Kraftfahrzeuge, des Digitalfunks und der
328 persönlichen Schutzausstattung müssen sofort abgestellt werden – gerade mit Blick auf die
329 Gefahrenlage terroristischer Angriffe. Dabei muss das Grundrecht auf informationelle
330 Selbstbestimmung gewahrt bleiben.
- 331 • Der Zoll muss besser ausgestattet werden. Er leistet wichtige Arbeit bei der Bekämpfung der
332 Kriminalität in den Bereichen Steuern, Finanzen und rechtswidriger Beschäftigung sowie bei der
333 Durchsetzung des Mindestlohnes.
- 334 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine eigenständige bundesgesetzliche
335 Grundlage zur Bekämpfung von Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Extremismus und zur
336 Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus.

337

338 **2.9 Kultur und Sport nicht vernachlässigen**

- 339 Für den Zusammenhalt der Gesellschaft ist es wichtig, öffentliche Orte bereitzuhalten, an denen sich
340 Menschen treffen können, um sich weiterzubilden, sich sportlich zu betätigen, Kunst zu genießen oder
341 selbst zu machen. Doch in Zeiten knapper Kassen fallen Angebote als erstes unter den Tisch, die
342 nicht zu den Pflichtaufgaben der öffentlichen und sozialen Daseinsvorsorge zählen. Nach den
343 Bereichen Verkehr und Bildung stehen die Sportstätten deshalb heute auf Platz drei des
344 Investitionsstaus.
- 345 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, Theater, Volkshochschulangebote, öffentliche
346 Bibliotheken, Schwimmbäder und andere öffentliche Angebote zur Verbesserung der Lebensqualität
347 zu erhalten und auszubauen.
- 348 • Der Bund muss ein mehrjähriges Programm zur Förderung der Sportinfrastruktur einschließlich der
349 Schwimmbäder auflegen.
- 350 • Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss ausreichend finanziert, seine Angebote müssen auch
351 online gut und dauerhaft auffindbar sein.
- 352

353 **2.10 Informationsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher verbessern**

- 354 Ein handlungsfähiger Staat muss durch Informations- und Offenlegungspflichten dafür sorgen, dass

355 Verbraucherinnen und Verbraucher notwendige Informationen für sozial und ökologisch verantwortliche
356 Konsumententscheidungen erhalten. Verbraucherinnen und Verbraucher sollten mehr Rechte erhalten, um
357 sich gegen Intransparenz und Täuschung zur Wehr setzen zu können.

358 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine bedarfsgerechte Finanzierung der
359 Verbraucherzentralen als wichtige und anbieterunabhängige Beratungsinstitutionen. Auch die
360 Beratungsfunktion als Marktwächter muss durch ausreichende Mittel gewährleistet werden.

361

362 **3. Der handlungsfähige Staat als Arbeitgeber und Auftraggeber**

363 Der Staat ist Vorbild bezüglich guter Löhne, Arbeitsbedingungen und der Integration von potentiell
364 benachteiligten Personengruppen. Das gilt für seine Rolle als Arbeitgeber und als Nachfrager von
365 Produkten und Dienstleistungen am Markt, als Subventionsgeber und Wirtschaftsförderer sowie bei der
366 Übertragung seiner Aufgaben auf subsidiäre Einrichtungen und Träger.

367

368 **3.1 Der Staat als Arbeitgeber und Dienstherr: Gute Arbeit ermöglichen**

369 Die massiven Stelleneinsparungen der letzten beiden Jahrzehnte haben sich auf die Funktions- und
370 Leistungsfähigkeit sowie die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Dienstherr und Arbeitgeber
371 negativ ausgewirkt. Beschäftigte können gerade in Zeiten des harten Wettbewerbs um qualifizierte
372 Kräfte nur gehalten oder gewonnen werden, wenn sie vorbildliche Arbeitsbedingungen und gute Löhne
373 geboten bekommen.

374 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern einen gezielten Personalaufbau in Bund,
375 Ländern und Kommunen auf Grundlage von regelmäßig durchgeführten Personalbedarfsanalysen und -
376 ermittlungen.

377 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften erwarten ein klares Bekenntnis aller Gesetzgeber zum
378 Prinzip „Besoldung folgt Tarif“, um die von Dienstherr zu Dienstherr selbst bei vergleichbaren
379 Aufgaben sehr unterschiedlich ausfallende Besoldung und Versorgung wieder anzugleichen.

380 • Daneben gilt es, die Zulagenwesen zu überarbeiten und die oftmals seit Jahrzehnten nicht
381 erhöhten Beträge anzupassen und zu dynamisieren. Die (höhere) wöchentliche Arbeitszeit der
382 Beamtinnen und Beamten muss an das Tarifniveau im öffentlichen Dienst angeglichen und die
383 Pflichtstunden bei den Lehrkräften müssen abgesenkt werden.

384 • Die Befristung von angestellten Lehrkräften muss ein Ende haben. Sowohl in der Kita als auch in
385 der Grund- und Sekundarschule muss die anspruchsvolle und wertvolle Arbeit der Pädagoginnen und
386 Pädagogen sowie der Lehrkräfte endlich anerkannt und vor allem auch besser bezahlt werden.

387 • Bund und Länder müssen zudem endlich die prekäre Beschäftigung in der Weiterbildung und bei
388 Integrationslehrkräften beenden. Integrationskurslehrkräfte sind fest anzustellen und die
389 Bezahlung muss sich am Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) orientieren.

- 390 • Auch die Arbeit in der Wissenschaft muss wieder attraktiver werden. Dazu gehört es, der
391 Überhandnahme befristeter Beschäftigungsverhältnisse ein Ende zu setzen.
- 392 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich zudem auch im öffentlichen Dienst für den
393 Verzicht auf sachgrundlose Befristungen und eine Beschränkung der Sachgrundbefristungen ein.
- 394 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern ein Programm zur Frauenförderung im
395 öffentlichen Dienst. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen muss gezielt erhöht werden.
- 396 • Die Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten muss gefördert, ihr heute unterproportionaler
397 Anteil in Führungspositionen erhöht werden.
- 398 • Es bedarf dringend passgenau ausgestalteter berufsbegleitender Qualifizierungsmodule und eines
399 verbindlichen Anspruchs auf Fort- und Weiterbildung. Ebenso wichtig sind anschlussfähige
400 Ausbildungsgänge und durchlässige Beamtenlaufbahnsysteme.
- 401 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, die Beschäftigten bei der
402 Verwaltungsdigitalisierung mit einzubeziehen. Um Befürchtungen zu begegnen, braucht es eine
403 Qualifizierungsoffensive, die den Aufbau, den Erhalt und die Steigerung der Digitalkompetenzen
404 der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zum Ziel hat. Für kollegiale Unterstützung und
405 Lernen im Prozess der Arbeit braucht es Freiräume und einen Wandel der Führungskultur.
- 406 • Die Krankenstände im öffentlichen Dienst sind seit Jahren hoch. Um die Auslöser krankmachender
407 Arbeit zu identifizieren, sind regelmäßige physische und psychische Gefährdungsbeurteilungen
408 Pflicht eines jeden Dienstherrn. Den Beschäftigten muss es ermöglicht werden, Mehrarbeit und
409 Überstunden zeitnah abzubauen.
- 410 • Die Zunahme der Fälle physischer wie psychischer Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen
411 Dienst macht es zudem erforderlich, dass die Dienstherrn im Zuge von Gefährdungsanalysen
412 ermitteln, um welche Art von Vorfällen es sich handelt. Dann gilt es, gemeinsam mit
413 Personalräten und Gewerkschaften geeignete Maßnahmen zu entwickeln, die den Betroffenen die
414 nötige Sicherheit zurückgeben.
- 415 • Die Ausgestaltung der Beihilfe bedeutet in der Praxis häufig eine Zwangsmitgliedschaft der
416 Beamtinnen und Beamten in der privaten Krankenversicherung. Künftig muss der Dienstherr
417 Beamtinnen und Beamten, die Mitglied in der GKV sind oder sich für eine Mitgliedschaft in der
418 GKV entscheiden, eine pauschale Beihilfeleistung in Höhe des Arbeitgeberanteils zur
419 gesetzlichen Krankenversicherung gewähren.

420

421 **3.2 Der Staat als Auftraggeber: Verantwortung und Vorbildfunktion übernehmen**

422 Die Vergabestellen des Bundes, der Länder und der Kommunen geben in Deutschland derzeit rund 400
423 Milliarden Euro (entspricht 17 Prozent des BIP) für die öffentliche Beschaffung von Gütern und
424 Dienstleistungen aus. Der Staat als öffentlicher Auftraggeber darf sich dabei nicht allein von
425 Kostenüberlegungen leiten lassen. Er hat ein demokratisch legitimes Interesse, die öffentliche
426 Auftragsvergabe als politisches Lenkungsinstrument für soziale und ökologische Ziele einzusetzen.

427 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern von der öffentlichen Hand, ihre Rolle als
428 Innovationstreiber wahrzunehmen. Verwaltungen und ihre nachgelagerten Einrichtungen müssen
429 verpflichtet werden, innovative und nachhaltige Produkte und Dienstleistungen einzukaufen. Auch
430 bei der öffentlichen Beschaffung sollte das Prinzip „besser statt billiger“ gelten.

431 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern vom Staat, darauf zu achten und effektiv zu
432 kontrollieren, dass von ihm beauftragte Unternehmen geltende Tarifverträge, vergabespezifische
433 Mindestlöhne und Mindestarbeitsbedingungen sowie Branchenmindestlöhne und den gesetzlichen
434 Mindestlohn einhalten.

435 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine gesetzliche Regelung, nach der
436 öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die tariftreu sind, also mindestens
437 Löhne zahlen, die in den jeweils repräsentativen Tarifverträgen vorgesehen sind. Im
438 Handwerksbereich dürfen Vergaben nur an tarifgebundene Innungsmitglieder erfolgen. Zudem sollte
439 der billigste Preis kein Zuschlagskriterium mehr sein.

440 • Die Untervergabeketten für ein und denselben Auftragsgegenstand sind zu begrenzen. Effektive
441 Kontrollen und abschreckende Sanktionen, die alle Glieder einer Untervergabekette einbeziehen,
442 sind erforderlich.

443 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern gesetzliche Regelungen zum
444 Beschäftigtenübergang bei Neuvergaben von öffentlichen Aufträgen beziehungsweise Konzessionen
445 im Bahn- und Busverkehr; die bisherigen Ansprüche müssen für alle relevanten Berufsgruppen auch
446 beim neuen Betreiber als Mindestbedingungen dauerhaft garantiert werden.

447 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, dass auch nach Einführung des allgemeinen
448 gesetzlichen Mindestlohnes an landesspezifischen Regelungen für Mindestlöhne
449 (vergabespezifische Mindestlöhne) bei öffentlichen Aufträgen und Zuwendungen festgehalten wird.
450 Die bestehenden Regelungen sollten ausgebaut werden und neue Regelungen geschaffen werden, wo
451 es solche noch nicht gibt.

452 • Angemessene Mindestlöhne auf Landesebene sollen dynamisch an die Höhe der untersten
453 Entgeltgruppen im Tarifvertrag der Länder gekoppelt werden.

454 • Diese und vergleichbare Regelungen müssen auch gelten, wenn der Staat Subventionen vergibt,

- 455 Wirtschaftsförderung betreibt oder Aufgaben durch Dritte erledigen lässt – etwa in den
456 Bereichen Verkehr, Pflege, Gesundheit, Erziehung und Bildung.